Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb
EWL Landau in der Pfalz

Sitzungsvorlage
860/216/2013

Amt/Abteilung: Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Datum: 20.11.2013	Aktenzeichen: 861		
An:	Datum der Beratung	Zuständigkeit	Abstimmungsergeb.
Stadtvorstand	25.11.2013	Vorberatung	
Verwaltungsrat Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau	05.12.2013	Entscheidung	
Stadtrat	17.12.2013	Entscheidung	

Betreff:
Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) für das Jahr 2014 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Projekt-entwicklung Landesgartenschau, Straßenreinigung

Beschlussvorschlag:
1. Anpassung der Stundenverrechnungssätze im BZ Bauhof

Der Verwaltungsrat beschließt die Anpassung der Verrechnungssätze ab 01.01.2014.
Die bestehenden Verrechnungssätze werden jeweils um 0,60 €/Std. erhöht und betragen dann:

für eine Fachkraft	**44,12 €**
für einen Helfer	**39,08 €**
im Bereich Stadtteilservice	**38,04 €**

2. Der Verwaltungsrat beschließt vorbehaltlich der Zustimmung durch den Stadtrat den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau für das Jahr 2014 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Projektentwicklung Landesgartenschau und Straßenreinigung mit den folgenden Zahlen:

Erfolgsplan

Erträge	**16.785.000,-- €**
Aufwendungen	**16.725.000,-- €**

Vermögensplan

Einnahmen	**4.946.000,-- €**
Ausgaben	**4.946.000,-- €**

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt

für das Jahr 2015 auf **2.470.000,-- €**

Der Gesamtbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf **150.000,-- €**

2. Der Stadtrat stimmt der unter Punkt 1 genannten Beschlussfassung zu.

Begründung:

Gemäß § 33 der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung hat eine Anstalt des öffentlichen Rechts einen Wirtschaftsplan bestehend aus Erfolgs-, Vermögens- und Stellenplan aufzustellen. Dieser ist gemäß § 7 Absatz 2 der Anstaltssatzung vom Verwaltungsrat zu beschließen und bedarf der Zustimmung des Stadtrates. Dabei ist für jeden Betriebszweig (BZ) ein eigener Teilplan aufzustellen.

BZ Abfallentsorgung

Im Erfolgsplan sind die Abfallgebühren mit einer Größenordnung von 3.780 T€ die wichtigste Ertragsposition. Die Verwertungserlöse für Papier stellen mit erwarteten 400 T€ eine wichtige Einnahmequelle dar, die zur Stützung der Gebühren verwendet werden kann. Die Aufwendungen werden dominiert von den Aufwendungen für Abfälle zur Beseitigung (Verbrennung) in Höhe von 1.720 T€. Die Personalkosten, Abschreibungen und Sammelkosten der verschiedenen Abfallfraktionen sind die nächst größeren Positionen mit einer Gesamtsumme von 1.688 T€.

Vorsichtig kalkuliert stehen den Erträgen von 5.228 T€ Aufwendungen von 5.188 T€ gegenüber, was zu einem geplanten Gewinn von 40 T€ führt. Es ist für das Jahr 2014 keine Gebührenanpassung erforderlich.

Im Vermögensplan können die vorgesehenen Investitionen über eigene Mittel ohne Kreditaufnahme finanziert werden. Vorgesehen ist der Neubau eines Wertstoffhofes auf dem eigenen Grundstück im Gewerbegebiet F6 in Landau-Mörlheim zwischen der Kläranlage und der Bauschuttrecyclinganlage. Hierfür sind Anlaufmittel zur Planung und für die ersten Baumaßnahmen vorgesehen. Auf dem Grundstück der bisher genutzten Müllumschlaganlage ist nicht genügend Platz für eine Weiterentwicklung vorhanden bzw. sind die Umbaukosten nicht wirtschaftlich.

BZ Abwasserbeseitigung

Im Erfolgsplan sind die Abwassergebühren mit 4.826 T€ die wichtigsten Ertragspositionen. Weitere wesentliche Positionen sind die Auflösung der Ertragszuschüsse, die Kostenbeteiligungen der Verbandsgemeinden an der Kläranlage und der städtische Anteil an der Oberflächenentwässerung.

Die Aufwendungen werden dominiert von den Abschreibungen in Höhe von 2.700 T€ Kapital, das in Form von Kanälen und der Kläranlage gebunden ist. Die Personalaufwendungen in Höhe von 1.416 T€ sind die nächst größere Position. Weiterhin steigen die Aufwendungen für den Kanalunterhalt und die Untersuchungskosten. Nach Abarbeitung der Großmaßnahmen mit den höchsten Dringlichkeiten werden jetzt die punktuellen Schäden saniert.

Vorsichtig kalkuliert stehen den Erträgen von 7.018 T€ Aufwendungen in Höhe von 6.931 T€ gegenüber. So wird ein planmäßiger Gewinn von 87 T€ erreicht. Der Gewinn liegt unter dem Mindestgewinn nach § 11 Abs. 6 EigAnVo (=1,6 % des Anlagevermögens), der bei ca. 1.060 T€ liegen müsste. Auf Grund der geringen Entgeltbelastung kann allerdings auf die Erreichung des Mindestgewinns verzichtet werden. Abhängig von der Entwicklung der Abschreibungen (Zubau von Kanälen im „Wohnpark Am Ebenberg“ und Sanierung der Kläranlage) sowie den zukünftig zu erwartenden kleinen Instandsetzungs- und Sanierungsarbeiten muss für das Jahr 2015 entschieden werden, ob eine Gebührenanpassung notwendig ist.

Im Vermögensplan können im Jahr 2014 die vorgesehenen Maßnahmen voraussichtlich noch vollständig über eigene Mittel finanziert werden. Wichtigste Maßnahmen im Kanalnetz sind Kanalhausanschlüsse mit 850 T€, die Kanalsanierung in der Böchinger Straße mit 300 T€, Maßnahmen im zukünftigen Erschließungsgebiet D 10 mit 100 T€ und andere Baumaßnahmen in verschiedenen Straßen in Höhe von insgesamt 290 T€. Auf der Kläranlage werden folgende Investitionen aus den Vorjahren weitergeführt: Die Schlammentwässerung mit 500 T€; im Bereich der Faulung 200 T€ und der Überschussschlammeindickung 50 T€.

BZ Straßenreinigung

Die Straßenreinigungsgebühren stellen die maßgebliche Ertragsposition mit 400 T€ dar. Beachtlich ist der gute Zinsertrag, der aus der internen Darlehensvergabe an den BZ Projektentwicklung Landesgartenschau resultiert.

Die höchsten Aufwandspositionen sind die Kehr- und Reinigungsleistungen für private Dritte in Höhe von 135 T€, die interne Verrechnung mit dem Bauhof für die manuelle und maschinelle Reinigung sowie die Papierkorbentleerung in einer Höhe von insgesamt 213 T€. Es wird planmäßig mit einem Verlust von 9 T€ gerechnet, der vor dem Hintergrund der guten Eigenkapitalausstattung unproblematisch ist. Eine Gebührenanpassung ist nicht erforderlich.

Der Vermögensplan enthält Mittel für die Beschaffung von neuen Papierkörben.

BZ Bauhof

Die Umsatzerlöse in Höhe von geschätzten 3.640 T€ werden zu ca. 62 % über die Stadt und zu 38 % intern über die EWL erzielt. Die dominierenden Aufwandspositionen sind die Personalkosten in Höhe von 2.302 T€. Mit deutlichem Abstand folgen dann die bezogenen Leistungen (295 T€) und die Abschreibungen (280 T€) als wesentliche weiter Kostenpositionen. Es wird mit einem Jahresüberschuss von 152 T€ gerechnet.

Durch die Erhöhung der Personalkosten ist eine Erhöhung der seit 01.05.2008 bzw. 01.01.2009 geltenden Stundenverrechnungssätze um jeweils 0,60 €/Std. notwendig.

Für 2014 sind Investitionen in den Fuhrpark, Maschinen (215 T€) und Parkscheinautomaten (60 T€) vorgesehen.

BZ Projektentwicklung Landesgartenschau

Die Erträge setzen sich hauptsächlich aus Kostenerstattung der Stadt und Dritte für die Personal- und Sachkosten und den Umsätzen aus der Vermietung zusammen.

Auf der Aufwandsseite dominieren die Personalkosten (152 T€). Die nächst größeren Positionen sind die Betriebskosten des DiZaP und die Zinsbelastungen. In der Summe wird mit einem Verlust von 63 T€ gerechnet. Mit der Landesgartenschau gGmbH wird eine Vermarktung der Foyerfläche zur Minderung des Verlustes geprüft. Der Verlust muss, wenn er nicht über den Verkauf DiZaP gedeckt werden kann durch die Stadt ausgeglichen werden.

Wesentlicher Ansatz im Wirtschaftsplan sind restliche Umbaumaßnahmen im DiZaP.

Die Projektabteilung Landesgartenschau wird zum 31.12.2014 aufgelöst.

In Teilbereichen werden dann Aufgaben auf andere Betriebszweige übertragen.

Stellenplan

Der Stellenplan ist Teil des Wirtschaftsplanes und wird mit diesem zusammen beschlossen. Der Stellenplan wurde mit der Personalvertretung besprochen. Folgende Änderungen sind eingearbeitet:

<u>Verwaltung</u>

Wegfall der Teilzeitstelle (Anteil 0,5) im Bereich EDV. Die Stelle wird zukünftig im Stellenplan der Stadt ausgewiesen.

<u>Abwasserbeseitigung</u>

Erhöhung einer Teilzeitstelle im Ingenieurbereich um wöchentlich 2 Stunden (Erhöhung Stellenanteil 0,05) und einer Teilzeitstelle (technische Zeichnerin) mit einem Stellenanteil von 0,16 zur Unterstützung bei der Erfassung von Hausanschlüssen im GIS-System.

Bauhof

Zusätzliche Stelle (Anteil 1,0) zur Beschäftigung von Studenten/Schülern im Bereich Stadtreinigung. Hierdurch soll der Anteil von Leiharbeitskräften reduziert werden. Weiterhin wurde eine Stelle im Bereich der geringfügig Beschäftigten (Anteil 0,15) für Tätigkeiten im Bereich des Bahnhofs erfasst.

Anlagen:
Wirtschaftsplan 2014

Beteiligungsbericht 2012

Beteiligtes Amt/Ämter: Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung, BGM

Schlusszeichnung: OB